

<b>ANFRAGE</b>  Stadtrat Fostiropoulos (Die Linke) vom 29. Januar 2008	Gremium:  Termin: Vorlage Nr.: TOP:	<b>48. Plenarsitzung des Gemeinderates</b>  <b>11.03.2008</b> <b>1311</b> <b>18</b> <b>öffentlich</b>
<b>Mehr Chancen zum Neuanfang für Jugendliche</b>		

1. Wie beurteilt die Stadt Karlsruhe das Projekt BINGO im Hinblick auf seine Bedeutung für Jugendliche in schwierigen Lebensphasen?
2. Welche anderen Einrichtungen, Projekte oder Stellen gibt es in Karlsruhe, die sich um die Reintegration von Jugendlichen bemühen, die mit dem Gesetz in Konflikt gekommen sind?
3. Kann sich die Stadtverwaltung der Auffassung anschließen, dass in Karlsruhe der Zeitraum von bis zu 12 Monaten zwischen Tat und Verhandlung bei Jugendlichen zu lange ist?
4. Welche Verbesserungen im Bereich der Justiz hier in Karlsruhe würde die Stadtverwaltung für sinnvoll halten um das Reintegrationspotential bei straffällig gewordenen Jugendlichen besser aktivieren zu können?
5. Würden Verbesserungen in diesem Bereich auch die Arbeit beispielsweise der städtischen Jugendhilfe erleichtern und verbessern?
6. Wird die Stadt Karlsruhe bei der Landesregierung vorstellig werden mit dem Anliegen den Zeitraum zwischen Tat und Verhandlung für Jugendliche im Amtsgerichtsbezirk Karlsruhe zu senken?
7. Ist die Stadt Karlsruhe bereit, bei den zuständigen Stellen oder mittels eines Runden Tisches den Gesamtbedarf an Reintegrationsangeboten für mit dem Gesetz in Konflikt gekommene Jugendliche in Karlsruhe zu erheben?
8. Ist die Stadt Karlsruhe bereit, eine dem festgestellten Bedarf entsprechende Finanzierung und Konzeption dem Gemeinderat vorzulegen, um die Reintegrationsmöglichkeiten straffällig gewordener bzw. gefährdeter Jugendlicher zu erweitern und damit deren Zukunftschancen zu erhöhen?

### **Sachverhalt / Begründung:**

Am 23. Januar 2008 wurde in ka-news das Projekt BINGO (Betreuung, Integration, Neuanfang, Gewaltabbau, Orientierung) der Karlsruher AWO vorgestellt. Hier können Jugendliche die Chance zu einem Neuanfang nutzen, auch in der Phase zwischen Tat und Verhandlung. Respektvoller Umgang und intensive Betreuung öffnen Wege, aus einer Lebensphase herauszukommen, in der sie straffällig geworden sind.

---

Rasche Konsequenzen nach einer Straffälligkeit sind übereinstimmend der entscheidende Hebel, um Unrechtsbewusstsein zu fördern. In Karlsruhe vergehen zwischen Tat und Verhandlung im Schnitt bis zu 12 Monaten, viel zu lange nach Aussage von Jugendrichter Kögele am Amtsgericht Karlsruhe (BNN, Südwestecho, 15.1.08, S. 3). In einem anderen Bericht der BNN wird der Leiter des Jugend- und Sozialamts, Herr Seekircher zitiert: „Was in der Jugendhilfe los ist, betrachten wir mit großer Sorge... So schlimm war es in den vergangenen 15 Jahren noch nie.“

Hetzkampagnen über sprunghaft steigende Jugendkriminalität finden in der Karlsruher Statistik keine Bestätigung. In der Öffentlichkeit wahrgenommen wird eine z. T. milieugebundene Gewaltbereitschaft. Dabei ausgeblendet sind meistens die Gewaltattacken deutscher Jugendlicher gegen Migrant/-innen.

Zudem sind in den letzten Jahren politische Weichenstellungen quer über alle bürgerlichen Parteien erfolgt, die jugendgefährdende Milieus anwachsen lassen: Soziale Unsicherheit und Ausgrenzung, Verarmung durch Hartz IV, massive Kürzungen in der Jugendhilfe, Personalabbau in der Justiz und skandalöse Zustände in Jugendhaftanstalten, die einer ernst gemeinten Reintegration Hohn sprechen. Dass hier massive Triebkräfte für lebenslange kriminelle Karrieren installiert sind, ist den politischen Verantwortlichen bekannt. Getan wird aber nahezu nichts.

All dies legt nahe, dass Projekte wie BINGO äußerst hilfreich und erfolgreich sein können. Zu vermuten ist, dass es in Karlsruhe nicht genug Einrichtungen gibt, die gefährdeten Jugendlichen helfen, wieder auf die Bahn zu kommen.

Diese Anfrage soll die Diskussion versachlichen und den Blick auf die Verantwortlichkeit von Land und Stadt lenken, hier mehr zu tun.

unterzeichnet von:  
Niko Fostiropoulos

Hauptamt - Sitzungsdienste -  
29. Februar 2008